

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Mittags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Verleger: Verlagsbuchhandlung R. 14574  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontokonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 70 Pf., unter Einbezug 1 RM. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familienanzeigen und Stellenangebote. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Vollzug, Verkaufsstelle von Holzplanen auf den Staatsforstrevieren.  
Verantwortlich für die Redaktion: J. B.: Oberregierungsrat Hans Biedt in Dresden.

Nr. 185

Dresden, Donnerstag, 9. August

1928

## Zentrumsanträge im Reichstage.

Berlin, 8. August.

Im Reichstage ist ein Antrag Stegerwald (Z.) eingegangen, der die Reichsregierung ersucht, von einer Nacherhebung der Einkommensteuer bei Sozialrentnern für die Jahre 1924 bis 1927 einschließlich Abstand zu nehmen, sofern die betreffenden Sozialrentner außer ihrer Rente keine erheblichen Einnahmen haben.

Hg. Stegerwald legt weiter einen Gesetzentwurf zur Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes vor, der die Erhebungen und gegebenenfalls den Erlass der Grunderwerbsteuer bezieht bei Grundstücksübertragungen, die der Schaffung gesunder Kleinwohnungen für Kinderbewerber zu dienen bestimmt sind.

## Die evangelische Kirche am Verfassungstage.

Berlin, 8. August.

Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat dem evangelischen Oberkirchenrat der älteren preussischen Provinzen in einem Schreiben mitgeteilt, daß für die Feier des Verfassungstages am 11. August in der gesamten Staatsverwaltung die Anordnungen des Jahres 1927 bestehen bleiben. Der Minister würde es begrüßen, wenn entsprechend auch von der Kirche verfahren und wie im Vorjahre in allen größeren Orten in den Hauptkirchen Gottesdienste abgehalten würde und sich auch in kleineren Orten und auf dem Lande die Kirche in geeigneter Weise an der Begehung des Verfassungstages beteiligte. Sollte dies am 11. August selbst nicht möglich sein, so wäre es erwünscht, wenn am Sonntag, den 12. August in den Kirchen nachträglich des Verfassungstages gedacht würde. Der evangelische Oberkirchenrat hat, wie im Vorjahre, das Schreiben des Ministers den evangelischen Kirchen der Kirchenprovinzen zur Befanntgabe an die Gemeinden übermittelt.

## Der nächste Deutsche Krankentagg in Nürnberg.

Breslau, 8. August.

Der 32. Deutsche Krankentagg würde für den 33. Deutschen Krankentagg Nürnberg als Tagungsort.

## Rechtsverwahrung in der Angelegenheit Dr. Frieders.

Wien, 8. August.

Der hiesige Rechtsvertreter des Oberstaatsanwalts L. W. Dr. Frieders aus Weimar hat in dessen Strafsache wegen Eidesverletzung eine Rechtsverwahrung eingelegt, in der es heißt: Der Landtag von Thüringen hat beschlossen, daß für Dr. Frieders eingebrachte Anträge der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Thüringische Staatsregierung hat trotzdem dieses Antragsgesuch abgelehnt. Dieser Beschluß der Thüringischen Staatsregierung ist verfassungswidrig und daher nichtig. Der Landtag ist der Repräsentant des souveränen Volkes. Durch seinen Weisheitsbeschluß auf Berücksichtigung des Antragsgesuchs ist Dr. Frieders tatsächlich bereits begnadigt. Die Regierung hat durch die Ablehnung des Antragsgesuchs die Ausführung abgelehnt. Nach § 47 der Thüringer Verfassung gebietet zu den Befugnissen der Regierung die Ausübung des Gnadenrechtes, nicht das Gnadenrecht selbst, das dem Volk und damit dem Landtag als höchste Instanz vorbehalten ist. Dem Landtag, der das generelle Begnadigungsrecht ausübt, das Recht zu bestreiten, eine Teilbegnadigung vorzunehmen, entbehrt jedes Sinnes und jeder Berechtigung.

Berlin, 8. August.

Wie die „Sächsische Zeitung“ aus Weimar berichtet, hat die Thüringische Regierung in vertauschter Stellung beschlossen, die Weimarer Staatsanwaltschaft anzuweisen, nachzuprüfen, ob die dem ehemaligen Weimarer Staatsanwalt Dr. Frieders zur Last gelegten Vergehen mitunter die von der Reichsanwaltschaft umfaßten Delikte seien.

## Zur Reichsreform.

In der „Sächsischen Zeitung“ vom 9. August veröffentlicht der ehemalige Reichsanwalt Dr. Buscher einen Artikel, worin er über das „Allgemeine Arbeitsziel“ des „Bundes zur Erneuerung des Reiches“ u. a. sagt:

Soll das Schicksal des „heiligen römischen Reichs deutscher Nation“ das heutige Reich nicht treffen, dann ist keine lange Zeit mehr zu verlieren. Die Verfassungskrisen der deutschen Jahreshilfsbilanz, die jeder Monat neu vor Augen führt, zeigen, daß es so nicht weitergehen darf. Die Sprache dieser Tatsachen ist so mächtig, daß auch die eckigsten Gemütsstimmungen darauf Rücksicht nehmen müssen. Von vorgeblichen Gemütswerten, die nur dazu da sind, um eine reine Personalpolitik zu verschleiern, soll nicht gesprochen werden. Es genügt, vor ihnen zu warnen. Hier Millarden jährlich wird nach Vollziehung der Lawastellen der Fehlbetrag der Zahlungsbilanz ausmachen, ein Fehlbetrag, der sich leicht noch erhöhen kann. Gerundetebrücken läßt er sich nur, wenn die Reichsregierung Maßnahmen ergreift und auch durchführt, die durch Ausgabenminderung die Einnahmen steigern. Die Stellung jedes großen Wirtschaftskongressen hängt davon ab, daß keine Leiter den Betrieb so gestalten, daß der höchstmögliche Grad von Wirksamkeit erreicht wird. Das deutsche Volk ist kein Inbegriff der Ineffizienz. Die Deutschen sind aber nicht mit Unrecht stolz auf ihr organisatorisches Können. Solange sie gerade davor nur auf dem so lebenswichtigen Organisationsgebiet der Nationalisierung ihres sozialen Lebens versagen? Sollen hier wieder die bekannten deutschen Erbsünder das Schicksal des größten Kulturvolkes Europas verwalten dürfen, sollten sie zunächst machen dürfen, was ungewöhnliche Volkstugenden und Wiensleiß immer erneut aus den Trümmern solcher Hoffnungen entstehen lassen?

Jeder Steuerträger, der an irgendeiner Stelle im Deutschen Reich überflüssig ausgegeben wird, fehlt an anderer Stelle im Haushalt des Reiches, der Länder und Gemeinden. Er fehlt zum Wiederaufbau des von Handel und Industrie verlorenen Kapitals, fehlt vor allem für die dringend notwendigen Produktionssteigerung der Landwirtschaft. Vor einem Reichsanwalt würde in Deutschland nur ein kleiner Teil des Volkseinkommens für den Staatsbedarf beansprucht. Gegenwärtig wird etwa ein Drittel des Volkseinkommens von öffentlichen Körperschaften für direkte oder indirekte staatliche Zwecke angefordert. Die richtige Verwendung dieser Einnahmen der schweren Arbeit jedes einzelnen Deutschen ist entscheidend für die Stellung des Reichs im Kreise der Völker, und sie ist mehr als bei anderen Nationen entscheidend auch für die Existenz jedes einzelnen dieser so schwer schaffenden deutschen Bürger.

Die Ungereimtheiten des deutschen Staatsaufbaues haben nur deshalb noch nicht zu offensichtlichen Zusammenbrüchen geführt, weil im Gegensatz zur Altersschwäche der Staat immer wieder Zwangsbeiträge von seinen Bürgern erheben kann. Das Volk zahlt für die Fehler in seinem Staatsaufbau.

Solange der Dualismus in der Reichshauptstadt zwischen preussischer und Reichsregierung, auch zwischen Preussenparlament und Reichstag besteht, sind durchgreifende, das ganze Reich umfassende Sanierungsmaßnahmen unmöglich. Im Meinungsstreit zwischen preussischer und Reichsregierung gibt es keine Instanz, die zur Entscheidung berechtigt oder berufen ist. Reichspräsident und Reichsanwalt haben in Preußen nicht das Wort zu sagen. Nach dem Staatsrecht braucht ihnen kein Schutzpolizei zu gehören. Die Innenpolitik des Reichsanwalts des Reichs umfassenden Preußen und die deutsche Außenpolitik müssen von Fall zu Fall in Einklang gebracht werden, was nicht immer und nicht immer rechtzeitig gelingt. Einen selbständigen Weisheitsrichter durch gesetzlichen Zwang gibt es nicht. Sogar auf einer Reihe von Gebieten der öffentlichen Kreditwirtschaft besteht eine Ausschaltung der Reichsregierung. Während im Reich vermag die Reichsregierung die Verwendung der Mittel, die sie zur Produktionssteigerung zur Verfügung stellt, zu bestimmen und zu überwachen.

Die Bevölkerung der deutschen Länder schwankt zwischen etwa vierzig Millionen und fünfzigtausend.

Noch größer sind die Reichsunterschiede. Braunschweig zerfällt in achtundzwanzig Teilstücke, die größtenteils von Preußen umschlossen werden. Deutschland hat immer noch rund zweihundert Einschlußgebiete (Inklaven). Im Lande Oldenburg ist das eine Einschlußgebiet ungefähr zweihundert Kilometer vom Hauptlande entfernt, das andere sogar vierhundert. Ein Teil der deutschen Länder ist seinen staatlichen Aufgaben als Land nicht mehr gewachsen. Sie erkennen selbst die Problematik und Unhaltbarkeit ihrer gegenwärtigen Staatsform. Sie wünschen Vereinigung und Änderung.

Die zwingenden Gründe für eine Kräftigung der Reichsgewalt dürfen nun aber nicht eine Auflösung des preussischen Staatszusammenhangs herbeiführen. Die Bildung des preussischen Staates ist eine der größten Taten deutscher Vergangenheit, und die sich in ihm auswirkende Staatskraft ist auch für die Gegenwart in keiner Weise überflüssig geworden und ist besonders nötig für unjenseit so bedrohten Osten. Die Aufgabe liegt also darin, den Dualismus zwischen Reich und Preußen zu überwinden und doch den Zusammenhang Preußens als staatliches Gebilde zu erhalten.

Ebenso wenig aber darf das Endergebnis eine Zentralisation sein, die soweit geht, daß sie die historischen Zusammenhänge stört und zerstört, was im deutschen Volke an Kulturwerten lebt. Bei einer Zentralisation etwa noch stanzbühnen Muffen wäre die deutsche Volkseigenart, der geistige Reichtum, der in der verschiedenen Artung und Begabung seiner Stämme liegt, zum Verbotenen verurteilt. Gerade, um so stark als möglich deutsch zu sein, muß die Reichsgewalt durch ein ausgeprägtes, sich seines Wertes bewußtes Eigenleben der einzelnen Teile Deutschlands untermauert werden. Die Länder und das als Reichsland neu zu formende und zu erweitern Preußen mit dem durchgeführten Selbstverwaltungsgebunden müssen die natürliche Pflegestätte des Volkstums in seiner Eigenständigkeit sein und bleiben. Im künftigen Reichsland wird dafür zu sorgen sein, daß möglichst viele Aufgaben den Stellen übertragen werden, in denen der Gedanke der Selbstverwaltung sich am kräftigsten regt. Das werden nicht nur die Provinzen sein, sondern vor allen Dingen wie bisher Städte und Gemeinden, die mit ihrer unmittelbaren Arbeit für das Wohl der Bevölkerung die Grundpfeiler des deutschen Staatslebens auch in der Zukunft bleiben müssen.

Wie der Umbau des Reiches im allgemeinen zu gestalten ist, darüber wird der Bund zusammenhängende und bis zur paragrafenmäßigen Gestaltung ausgearbeitete Vorschläge machen. Im Wortwort zu dieser Veröffentlichung wird erklärt werden, daß der Bund bei seinem bisherigen Arbeitsergebnis nicht etwa stillstehen, sondern in Verfolg seiner Ziele die Arbeit fortsetzen und sich hierbei insbesondere mit den Vorschlägen und Anregungen beschäftigen werde, die sich aus der Erörterung seiner Vorschläge ergeben. Wie man zu den einzelnen Vorschlägen auch sehen mag, vaterländische Pflicht ist, die Frage der Reichsreform mit ernsthafter Sachlichkeit zu behandeln. Hierzu wollen die Vorschläge des Bundes mitteilen, deren Veröffentlichung in absehbarer Zeit erfolgt.

München, 8. August.

Zu der Veröffentlichung schreibt die der Bayerischen Volkspartei nahestehende Zeitschrift „Der deutsche Süden“ u. a.: Die Lösung, die von der Lutherischen Organisation angestrengt werde, führe zu keiner brauchbaren Gestaltung der Dinge. Von einer Dezentralisation könne dann keine Rede mehr sein, wenn man ein so übergroßes Gebilde schaffen wolle, dessen einziges Parlament der Reichstag sei, der nicht veräumen würde, die noch übrigen Länder Baden, Württemberg, Bayern und Sachsen zu befehlen. Die Dezentralisation wäre dann noch viel schwerer durchzuführen. Zusammensetzend könne gesagt werden, daß die vorgeschlagene Lösung staatsrechtlich, politisch und wirtschaftlich nicht tragbar sei.

## Nach Raditschs Tod.

Wird die slowakische Einheit zusammenhalten oder werden sich wirklich die Kroaten von den Serben trennen? Das Attentat von Agrar, der vorausgegangene Tod in der Skupstina und der Tod Raditschs haben diese Schicksalsfrage auf die Tagesordnung gesetzt. Der Haß zwischen Agrar und Belgrad ist wohl kaum noch zu löschen. Das wäre dann ein kurzer Traum südslawischer Herrlichkeit gewesen. Aber auch Europa hätte keinen Anlaß, sich über eine solche Entwicklung zu freuen. Denn gerade das hat ja immer den Balkan so gefährlich gemacht, daß auf ihm die verschiedenen nationalen Völkerverflechtungen getrennt nebeneinander saßen und ihre fortwährend gegenseitigen Eifersüchteleien für die Großmächte nur gar zu bequeme Gelegenheiten zum Eingreifen boten. Der Balkan reizte nämlich zur Abenteuerpolitik. Was im übrigen zivilisierten Europa nicht so leicht möglich war, das ließ sich hier auf dem Umwege über irgendwelche Balkanviren einführen. Schon alle die Kriegesgefahren und Kriege vor dem Weltkrieg nahmen auf dem Balkan ihren Ursprung. Man denke an Italien Krieg gegen die Türkei, man denke an Kretenshals gemachte Politik, man denke an das operettenhafte albanische Abenteuer. Und daß der Weltkrieg mit einem Attentat in Sarajewo begann, war auch kein Zufall. Sollen nun diese verhängnisvollen Zustände, diese dauernden feierhaften Reizungen nach dem Zerfall Südslawiens wiederkehren? Es wäre wahrhaftig die Entwicklung in entgegengesetzter Richtung viel wünschenswerter. Stehen sich nicht auch Bulgaren und Serben am Ende ebenso nahe wie Serben und Kroaten? Die Sprachen sind eigentlich nur verschiedene Mundarten. Weiter wie das Bayerische und das Norddeutsche liegen sie auch nicht auseinander. Große gemeinsame Erinnerungen verbinden diese Völkergemeinschaften vor allem aus der Zeit der Türkenkriege her. Sie haben damals eine gemeinsame Kulturaufgabe gehabt und gleichzeitig im Dienste des übrigen Europa erfüllt. Sollte es wirklich eine Utopie sein, wenn man wünschte, daß aus diesen einheitlichen Traditionen heraus auch einmal wieder eine einheitliche Schriftsprache und eine einheitliche Politik erwachsen könnte?

Das klingt allerdings gerade in der Gegenwart sonderbar. Denn nach den blutigen Attentaten ist doch die Erregung bis auf den Gipfel gestiegen und es scheint die Explosion vor der Tür zu stehen. Vielleicht kommt sie wirklich noch. Aber der großartig in historischen und kulturellen Zusammenhängen denkende Politiker würde selbst hinter einem solchen Verfall doch wieder die kommende Einheit sehen. Was innerlich zusammengehört, noch dazu wenn es eine große gemeinsame Aufgabe hat, wird schließlich durch das Schwerkraft der Tatsachen auch wieder zusammengebracht werden. Die aufgeregten Parteien in Südslawien mögen selbst noch blind für diese Fortdauer der Situation auf dem Vulkan sein. Dann werden auch ihnen einmal die Augen aufgehen, wenn der Schaden, den sie heute mit ihren Revolvern anrichten, entsprechend groß geworden ist.

Freilich, um die Entwicklung in vernünftige Bahnen zu lenken, bedürfte es vor allem auch einer geschickten und weischaunenden Regierung. Und das ist vielleicht das größte Unglück, daß es dem jungen südslawischen Staate daran gefehlt hat und noch fehlt. Es ist im Grunde genommen eine kleine Clique, die das Heft der Regierung in Händen hält. Sie hat deshalb auch keine freien Wahlen ertragen können und ist selbst jetzt noch nicht bereit, solche durchzuführen zu lassen. Bei einer wirklich freien Wahl würden sich die Parteien nicht viel anders zusammensetzen als heute. Man würde auch dann die Radikalen und die Demokraten, die Christlich-Sozialen und die Muselmänner und noch ein paar kleine nationale Minoritäten haben. Aber aus diesen Parteien heraus würde sich schließlich eine erträgliche Koalition bilden lassen, was ja freilich nicht leicht ist und was uns auch in der deutschen Politik immer wieder mit recht unangenehmen Problemen belastet, was aber schließlich der einzige Weg ist, um die Gegensätze in natürlicher Entwicklung zum Ausgleich zu bringen. Kommt man einer Partei das Gefühl des Vergewaltigtseins, läßt man sie ihre eigene Stärke oder Schwäche aus dem Wahlergebnis heraus selbst erleben, dann kann sie keine Vorwürfe nach außen hin machen. Dann wird sie von selbst auf den Weg der sachlichen Auseinandersetzung gewiesen. Sachliche Innenpolitik ist aber auch immer die beste Vorbedingung für sachliche

R